

# LOTHAR RIEBSAMEN

BUNDESTAGSABGEORDNETER  
FÜR DEN WAHLKREIS BODENSEE



## Sonderbericht aus Berlin - 28. November 2013



### Sehr geehrte Damen und Herren,

am 22. September 2013 hat die Union bei der Bundestagswahl einen großartigen Sieg eingefahren. Ich danke nochmal Ihnen allen für Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen. In den vergangenen Wochen hat die Union mit der SPD den heute vorgestellten Koalitionsvertrag ausgehandelt. Die Zeit der Sondierungen und Verhandlungen ist dadurch nun endlich vorbei. Allerdings wissen wir wegen des Mitgliederentscheids der Sozialdemokraten noch nicht, ob die Koalition letztlich zu Stande kommt. Dennoch kann man schon heute das Ergebnis bewerten und feststellen, dass dieser Vertrag eine deutliche Handschrift der Union trägt. Wir haben unsere Versprechen gehalten, dass keine neuen Steuern erhoben und keine neuen Schulden gemacht werden. Wir halten Wort. In diesem Sonderbericht aus Berlin möchte ich Ihnen die Ergebnisse der Verhandlungen kurz vorstellen. In der nächsten regulären Sitzungswoche Ende Dezember werde ich Sie dann wieder wie gewohnt mit dem Bericht aus Berlin über meine Arbeit und aktuelle politische Ereignisse in und um den Deutschen Bundestag informieren. Ich freue mich darauf auch in der 18. Legislaturperiode mich weiterhin mit aller Kraft für die Anliegen des Wahlkreises Bodensee einzusetzen.

Mit besten Grüßen

### Lothar Riebsamen MdB

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
www.lothar-riebsamen.de

(0 30) 227 - 74 123

(0 30) 227 - 76 478

lothar.riebsamen@bundestag.de

### +++ Koalitionsvertrag unterzeichnet +++



Es ist vollbracht – Dr. Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel präsentieren im Reichstag den unterzeichneten Koalitionsvertrag.  
Quelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion

### „Deutschlands Zukunft gestalten“

Nach intensiven Beratungen in zwölf Arbeits- und vier Unterarbeitsgruppen liegt jetzt der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vor, der bei allen Kompromissen unsere wesentlichen Ansprüche erfüllt: Es wird keine Steuererhöhungen geben, alle Maßnahmen haben sich an Wachstum- und Beschäftigung zu orientieren, wir erhöhen Leistungen nur dort, wo sie finanzierbar sind und wir werden 2015 erstmals nach über 40 Jahren einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden erreichen. Zudem haben wir im zentralen Bereich der Europapolitik maßgeblich unsere Linie durchsetzen können.

Ich freue mich sehr, dass von den 26 Milliarden Zusatzausgaben nahezu die Hälfte direkt an die Kommunen in unserem Land gehen. Hier ist ganz deutlich die Handschrift von CDU und CSU zu erkennen. Wir machen damit deutlich, dass wir die Kommunalparteien in Deutschland sind. Wir werden die erfolgreiche Kommunalpolitik der letzten Jahre weiter fortführen. Lesen Sie auf der zweiten Seite, welche positiven Effekte der Koalitionsvertrag insbesondere für unsere Kommunen hat.

Ein weiteres wichtiges Thema, das wir in den Verhandlungen durchsetzen konnten ist die Mütterrente. Die Erziehung von Kindern ist Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag der Rentenversicherung. Wie wir im Wahlkampf versprochen haben, werden wir daher ab 1. Juli 2014 für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Die Erziehungsleistung dieser Menschen wird damit in der Rente besser als bisher anerkannt.

### **Fortsetzung der Schulsozialarbeit mit Bundemitteln**

Ab 2014 steht den Kommunen mit rund fünf Milliarden Euro aus der größten Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik ein Vielfaches der Kosten der Sozialarbeit zur Verfügung. Wichtig ist hierbei, dass die Mittel eins zu eins von den Ländern an die Kommunen weitergegeben werden.

### **Steuerfreiheit von interkommunaler Zusammenarbeit bleibt**

Das klare Bekenntnis der Großen Koalition zur Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit ist zu begrüßen. Kommunen sind mehr und mehr darauf angewiesen, Aufgaben auch in Kooperation mit Nachbarkommunen neu zu organisieren. Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein wichtiges Element der kommunalen Selbstverwaltung und von Umsatzsteuer befreit.

### **Städtebau- und Regionalförderung erhalten weiter finanzielle Mittel**

Die Stärkung der Regionalförderung ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Gleiches gilt für die Fortsetzung und Aufstockung der Städtebauförderung. Besonders zu begrüßen ist, dass auch Kommunen ohne ausreichende Eigenbeteiligung von der Städtebauförderung profitieren werden.

### **Keine Aufhebung des Kooperationsverbots**

Die Bundesländer sind zu allererst für eine auskömmliche Finanzausstattung Ihrer Kommunen verantwortlich. Insofern ist es aus kommunaler Sicht zu begrüßen, dass die Aufhebung des Kooperationsverbotes nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

### **Wichtige Entscheidungen beim Thema Breitbandausbau getroffen**

Der Breitbandausbau ist vor allem für die Kommunen im ländlichen Raum eine essentielle Herausforderung. Wir wollen unser Ziel bis 2018 erreichen, dass flächendeckend schnelles Internet in Deutschland zur Verfügung steht. Dazu sollen die zusätzlichen Investitionsanreize und das neue Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ bei der KfW sorgen.

### **Gesundheitsversorgung wird auf dem Land weiter gestärkt**

Wir begrüßen die geplanten Vorhaben zur Stärkung der Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum. Auch hier greift die Große Koalition Forderungen der auf, um die Versorgung effizienter aufrechterhalten zu können. Für die Entwicklung der Attraktivität der Kommunen auf dem Land ist dies ein wichtiger Impuls.

### **Bund unterstützt weiter Kita- und Krippenausbau**

Wir werden die Kommunen in einer Höhe von 6 Milliarden Euro bei der Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen unterstützen. Damit bekennt sich der Bund zu seiner Verantwortung, mehr Geld für Kinder und Bildung ausgeben zu wollen

### **E-Government wird vorangetrieben**

Im Hinblick auf den öffentlichen Dienst und die kommunale Verwaltung sind die Regelungen zum E-Government von großer Bedeutung für die Kommunen. Wenn es gelingt, Verwaltungsangebote in elektronischer Form rechtssicher bereitzustellen, kann dies zu einer spürbaren Entlastung auch kommunaler Verwaltungen führen.

### **Tourismus und Kultur in Deutschland werden gestärkt**

Auch bei der Förderung von Kultur und Tourismus setzt der Koalitionsvertrag wichtige Akzente, von denen die Kommunen direkt und indirekt profitieren können. Dabei werden sie zum einen direkt Begünstigter bei der Nutzung von Fördermitteln beispielsweise im Denkmalschutz oder bei Kultureinrichtungen.

## +++ Mindestlohn +++ Keine neuen Schulden +++ Maut +++ Koalitionsvertrag online +++

### **Mindestlohn kommt 2017**

Um die Koalitionsverhandlungen zu einem guten Ergebnis zu führen waren unsere Verhandlungsführer gezwungen auf die SPD bei diesem Thema zuzugehen. Die Union konnte aber dennoch wichtige Forderungen beim Mindestlohn durchsetzen. Ab 2015 wird es einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro geben. Die Union konnte aber erreichen, dass bestehende Tarifverträge, die unter 8,50 Euro liegen, bis 2017 weiter gelten. Es können sogar mit Geltung bis zu diesem Jahr neue geschlossen werden. Damit wollen wir dafür sorgen, dass keine Arbeitsplätze durch einen flächendeckenden Mindestlohn gefährdet werden. Wichtig war uns auch, dass eine unabhängige Mindestlohn-Kommission und nicht der Bundestag über zukünftige Lohnuntergrenzen entscheiden wird.

### **Keine neuen Schulden**

Solide Finanzen mit ausgeglichenen Haushalten sind für uns unerlässlich. Die Neuverschuldung wollen wir dauerhaft stoppen, die Schuldenstandsquote senken und dabei die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen sicherstellen. Nur so werden wir unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln gerecht. Wir sind uns einig, dass die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, ein wirksamer Steuervollzug und die konsequente Einhaltung der Schuldebremse für die Sicherung der Einnahmen und der Handlungsfähigkeit des Staates unerlässlich sind. Mit einer soliden und gerechten Haushaltspolitik schaffen wir auch weiter die Voraussetzungen für eine stabile Währung, für Wachstum und sichere Arbeitsplätze.

### **Maut auf deutschen Straßen**

Wir werden eine europarechtskonforme PKW-Maut einführen, mit der wir Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW an der Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für das Autobahnnetz beteiligen wollen, ohne damit im Inland zugelassene Fahrzeuge höher als heute zu belasten. Diese werden wir durch zusätzliche Mittel aus der Nutzerfinanzierung durch LKW ergänzen. Die bestehende LKW-Maut wird auf alle Bundesstraßen ausgeweitet. Dadurch werden wir den Mautausweichverkehr auch in der Bodenseeregion vermindern.

### **Koalitionsvertrag online verfügbar**

Der Koalitionsvertrag umfasst insgesamt 185 Seiten. Sie können sich diesen gerne unter folgendem Link herunterladen: [Koalitionsvertrag](#)